

Tarifergebnis im öffentlichen Dienst der Länder steht

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder (TVL) sind abgeschlossen. Beschäftigte erhalten 2,8 Prozent mehr Gehalt ab 1. Dezember 2022 und eine Einmalzahlung von 1300 €

Und eine zweite gute Nachricht: Die Landesregierung aus der Ministerratssitzung Ende November teilte mit, dass das Tarifergebnis TV-L in Rheinland-Pfalz auch zeitgleich und systemgerecht ohne Veränderungen auf den Beamtenbereich übertragen wird. So hatte es der dbb –Hauptvorstand gegenüber der Landesregierung und der Landespolitik mehrfach gefordert. Die Übertragung des Verhandlungsergebnisses betrifft auch die 52.000 Versorgungsempfänger/-innen des Landes Rheinland-Pfalz und der rheinland-pfälzischen Kommunen, die von der Linearsteigerung zum 1. Dezember 2022 profitieren. Die Ampel-Koalition mit ihrer Koalitionsvereinbarung hat Wort gehalten. Anfang 2022 soll ein entsprechender Gesetzesentwurf eingebracht und durch den Landtag zügig verabschiedet werden.

Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Im Detail:

- Am 1. Dezember 2022 sollen die Entgelte um 2,8 Prozent steigen
- 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen) erhalten Anfang 2022 eine steuerfreie Corona-Sonderzahlung von 1.300 Euro
- Auszubildende, Praktikanten und Studierende sollen 650 Euro steuerfrei bekommen
- Die Entgelte von Auszubildenden, Praktikanten/Praktikantinnen und Studierenden werden ab Dezember 2022 um 50 Euro angehoben
- Die Übernahmeregelung für Auszubildende soll wieder in Kraft gesetzt werden

Die durch die Tarifübertragung entstehenden Kosten von rund 92 Millionen Euro im Jahr 2022 sind „...eine große und bewusste Kraftanstrengung für den Landeshaushalt, um auch bei der Besoldung der Beamtinnen und Beamten konkurrenzfähige Bedingungen zu bieten und die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern.“, so Finanzministerin Doris Ahnen.

Laut Ministerium sei die Meldung so zu verstehen, dass die Versorgungsempfänger bei der Linearanpassung berücksichtigt werden, nicht aber bei der „Corona-Sonderzahlung“, da der Tarifabschluss die Zahlung nur Beschäftigte, nicht aber für Rentnerinnen und Rentner vorsieht. Das entspricht wohl auch der Sichtweise der Bundesländer entsprechend der letzten Einkommensrunde für Bund und Kommunen (TVöD).

Im BDF- Landesvorstand begrüßen wir das Tarifergebnis sehr. Die Personaldecke ist dünn. Gerade jetzt brauchen wir Personal für die Walderhaltung im Klimawandel (Wir berichteten in BDF aktuell 12/ 2021). Um qualifizierten Nachwuchs einstellen zu können, müssen wir zukunftsgerichtet konkurrenzfähig bleiben und überlegen, wie wir noch attraktiver werden können.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr BDF-Landesverband